

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

19.6.1928 (No. 141)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur F. Amend, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Kieferation, und Kontroversverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Erschließung Labradors

Nachdem durch einen Londoner Schiedspruch das Küstenland von Labrador, auf die die Regierung von Quebec Anspruch erhoben hatte, nach einem langwierigen Rechtsstreit vor einem Jahre Neufundland zugesprochen worden war, hat sich die Regierung von Neufundland nunmehr durch Sachverständige einen Überblick über die natürlichen Reichtümer des Gebietes anfertigen lassen, aus dem hervorgeht, daß die Schätze, die dort der Erschließung harren, noch bedeutender sind als ursprünglich angenommen worden war.

Am Hamiltonfluße, der Labrador durchquert, befinden sich zwei mächtige Wasserfälle, von denen der eine von 200 Fuß und ein anderer, einige 30 Kilometer flussabwärts befindlicher, von 300 Fuß herabfällt, worauf das Wasser sich in einem breiten und tiefen Becken sammelt, von wo aus eine Schiffverbindung nach dem Atlantik eingerichtet werden kann.

Nach aufgestellten Schätzungen können diese Fälle 4.800.000 PS elektrische Kraft erzeugen, und die Kosten für die Einrichtung von Kraftwerken dürften nur den 10. Teil dessen ausmachen, was für ähnliche Einrichtungen auf der kanadischen Seite des Niagara aufgewendet werden mußte.

Im Cambriagebiet sind innerhalb eines Umkreises von 120 Kilometer der Wasserfälle reiche Lager verschiedener Eisenerze zu finden. Dazu kommen gewaltige Wälder mit Nottannen, Birken, Fichten, Kiefern und Kiefer, deren Holz leicht zu befördern sein wird, da die Forsten hauptsächlich am Hamilton und seinen Nebenflüssen liegen. Deshalb sind bereits Unterhandlungen mit amerikanischen Gesellschaften im Gange, um die Holzreichtümer der Herstellung von Holzmasse und Papier zu erschließen.

Mit der Hudson Bay Company ist das frühere Abkommen wegen der Fischereirechte und des Seefischfangs erneuert worden. Daneben ist das Land reich an Pelztieren und auch für die Rentierzucht ist das Feld günstig, da Rentiermoos im Überflusse vorhanden ist.

Der Bahnbau soll energisch betrieben werden. Abgesehen von den lokalen Notwendigkeiten hat man die Aufmerksamkeit auch auf den Ausbau einer Strecke gerichtet, die durch Labrador führen soll, um die Reise von Kanada nach England zu verkürzen, da die Hamilton-Einfahrt Liverpool um 750 Meilen näher als New York liegt und sich von Montreal eine Verfrachtung der Seefahrt um 450 Meilen ergeben würde.

Zaleski über seine Pariser Rede

W.B. Warschau, 19. Juni. (Tel.) Außenminister Zaleski gewährte einem Vertreter der offiziellen „Epoca“ eine Unterredung, in der er sich im Zusammenhang mit seiner Reise nach Genf, Paris und Brüssel zu verschiedenen außenpolitischen Fragen äußerte. Der Minister wiederholte einleitend seine Thesen, die er schon in seiner Pariser Banktredede geäußert hatte. Wer für die friedliche Revision der Verträge wirke, der arbeite gegen den Frieden (!), und wer irgendwelche friedenssichernde Garantien in der Hand habe, dem sei es nicht gestattet, diese Sicherungen ohne Ersatz durch andere Friedensgarantien aus der Hand zu geben. Aus dem Lärm der deutschen Presse, der auf diese Pariser Banktredede gefolgt sei, müsse man — so erklärte Zaleski weiter — folgern, daß in Deutschland der Wille zur Erhaltung des Friedens überhaupt nicht bestehe (!), doch fügte der Minister nach einer Weile noch hinzu, er wolle dies nicht glauben.

Was die kommende Reichsregierung anbetreffe, so meinte Zaleski, daß sie aus Männern bestehe werde, für die die Aufrechterhaltung des Friedens ein Gebot ihres politischen Glaubensbekenntnisses bedeute. Immerhin müsse sich aber die kommende Reichsregierung bemühen, daß keine Regierung ewig wäre und daß aus diesem Grunde internationale Verpflichtungen stets eine juristische Form tragen müßten und sich nicht auf das Vertrauen zu den augenblicklichen Leitern dieses oder jenes Staates stützen könnten. Der Minister betonte im weiteren Verlauf seines Interviews, daß seine Pariser Unterredungen in einer Atmosphäre der Herzlichkeit geführt worden seien. Als Zeichen der Volkstümlichkeit der polnisch-französischen Allianz in Frankreich könne gelten, daß an dem Pariser Bankett hervorragende französische Politiker und Parlamentarier in großer Zahl sich beteiligt hätten.

Zaleski verwahrte sich sodann noch gegen die Unterstellung, daß er gelegentlich seiner letzten Reise gegen den Kellogg-Bakt aufgetreten wäre. Was die polnisch-litauische Frage anbelange, so erwarte er nun für Ende dieses Monats, daß die litauische Regierung in der in Nowo tagenden Sicherheitskommission und der in Warschau tagenden ökonomischen Kommission ihre Gegenanschläge vorbringe. Wenn diese Vorschläge annehmbar seien, werde von polnischer Seite einer Unterzeichnung entsprechender Abkommen nichts im Wege stehen. — Der Minister bereitete sich dann noch über die letzte Tagung des Völkerbundesrates, der er wegen der Stellungnahme zum albanisch-griechischen Streit in den Minderheitenanfragen eine besondere Bedeutung beimäß.

Verbot politischer Propaganda in Spanien

W.B. Paris, 19. Juni. (Tel.) Das „Journal“ meldet aus Madrid, daß ein Dekret veröffentlicht worden sei, in dem jede Diskussion oder Propaganda politischer Art in privaten Klubs verboten werde.

Dr. Gammann gestorben. Im Alter von 76 Jahren ist Wirkl. C. h. Rat Dr. Gammann, der von 1894 bis 1916 Vizepräsident des Auswärtigen Amtes war, gestorben.

Letzte Nachrichten

Kein Fortgang in der Regierungsbildung

Die Beratungen des 22er-Ausschusses

M. Berlin, 18. Juni. (Priv.-Tel.) Die Beratungen des 22er-Ausschusses, dem alle an der Regierungsbildung beteiligten Parteien angehören, wurde heute vorläufig beendet. Zuletzt wurden die Fragen des Panzerkreuzers A und einer politischen Amnestie besprochen, wobei jedoch die Parteien nur ihre Wünsche und Ansichten äußerten, ohne daß ein Beschluß erzielt werden konnte. Überhaupt darf man das Ergebnis dieser ersten Beratung bis zu ihrem Abschluß nicht zu hoch einschätzen. Man ist nämlich allen schwierigen Fragen aus dem Wege gegangen. Es gewinnt den Anschein, als ob beim Mittelstand und bei der Landwirtschaft sich ein gewisser Zusammenschluß vollzogen habe. Über die Schulfrage erfolgte ebenfalls keine Einigung, sie wird nur in der Regierungserklärung erwähnt werden. In der Frage der Steuervereinfachung sind die Parteien auseinandergelassen. Die Bayerische Volkspartei möchte das Rahmengesetz überhaupt nicht mehr eingebracht wissen, während die Demokraten darauf bestehen. Auch der Verfassungsfeierstag ist in keiner Weise geklärt. Die Beschlüsse der Aussprache, die in Wirklichkeit gar keine sind, sollen heute und morgen den Fraktionen vorgelegt werden. Am Mittwoch nachmittag findet dann eine neue Sitzung des 22er-Ausschusses statt, in der der künftige Kanzler Hermann Müller von sich aus Vorschläge machen wird, die auf der Grundlage der bisherigen Besprechungen beruhen.

Die ersten Besprechungen am Dienstag

B. Berlin, 19. Juni (Tel.) Im Reichstage setzte Abg. Müller-Franken heute gegen 11 Uhr seine Besprechungen mit den Verhandlungskommissionen der sozialdemokratischen, der demokratischen, der Zentrumspartei und den Fraktionen der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei, fort. Wie das Nachrichtenbüro des B. D. hört, soll heute u. a. die sozialdemokratische Forderung besprochen werden, daß diese Partei einen parlamentarischen Staatssekretär im Reichswehrministerium erhalte. Ferner dürfte auch die vom Zentrum aufgeworfene Schulfrage erörtert werden. Die Verhandlungen sollen mittags beendet und ihr Ergebnis soll dann nachmittags wieder den Fraktionen unterbreitet werden.

Die Vorgänge am Montag

W.B. Berlin, 19. Juni. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden am Montag durch Hermann Müller fortgesetzt. Dabei handelte es sich um das Steuer- und sozialpolitische Programm der neuen Regierung. Abg. Müller-Franken hatte auch eine Sonderbesprechung mit dem Führer der Wirtschaftspartei, Abg. Dreiwil. Ein Teil der Richtlinien der Wirtschaftspartei ist bereits in einer Konferenz der übrigen für die Koalition in Frage kommenden Parteien besprochen worden. Anscheinend ist hierüber auch schon eine Übereinstimmung erzielt worden. Über eine Reihe anderer bisher noch nicht besprochener Forderungen der Wirtschaftspartei wird der Abg. Müller-Franken zunächst mit dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden verhandeln. Sollte dabei eine Übereinstimmung erzielt werden, so wird wahrscheinlich am Dienstag oder am Mittwoch eine allgemeine Aussprache zwischen den sämtlichen für eine große Koalition in Frage kommenden Parteien mit Einschluß der Wirtschaftspartei über die noch offenen Punkte erfolgen.

Wie weiter bekannt wird, drehte sich die gestrige Besprechung um Finanz- und Wirtschaftsfragen. Dabei verlangten die Sozialdemokraten Verminderung der Einkommensteuer, für die kleineren und mittleren Einkommen und schärfere Vermögenssteuern. Die Demokraten forderten ein Steuervereinfachungsgesetz. Dagegen wurden aber von der Bayerischen Volkspartei entschieden Widerspruch erhoben. In einigen anderen Punkten sind die Parteien sich offenbar nähergekommen; auf allen Seiten aber äußert man sich wenig befriedigt über den bisherigen Verlauf der Besprechungen.

Im Preussischen Landtag werden die politischen Verhandlungen erst am Dienstag wieder aufgenommen. Wenn auch das Zentrum gewissermaßen die Brücke vom Reichstag zum Landtag bildet, so wird doch dem B. D. Büro aus Kreisen der preussischen Regierungsparteien immer wieder berichtet, daß die Verhandlungen über die Erweiterung der Preussenregierung sich unabhängig von der Neubildung der Reichsregierung vollziehen müssen.

Major Panzo in Trossj gelandet

W.B. Trossj 19. Juni. (Tel.) Der italienische Major Panzo ist auf dem Wege nach Spitzbergen, von Sulca kommend, mit seinem Dornier-Wal-Flugzeug hier gelandet.

Die Unsicherheit über das Schicksal Schangstolins

W.B. Paris, 19. Juni. (Tel.) Der Korrespondent des „Petit Parisien“ in Keking berichtet, daß man in diplomatischen Kreisen offiziell den Tod Schangstolins, dessen Nachfolger noch nicht ernannt sei, bestätige.

Die Koalitionsverhandlungen in Berlin

Die Verhandlungen, die Hermann Müller-Franken in Berlin mit den Vertretern der Fraktionen führt, kommen recht langsam vom Fleck, obwohl es Ende der vorigen Woche gelang, die schwierigste Frage, nämlich die der Erweiterung der preussischen Regierungskoalition, einstweilen in den Sintergrund zu schieben. Andererseits konnte man sich ja von vornherein sagen, daß es nicht im Handumdrehen möglich sein würde, ein brauchbares Regierungsfundament für eine so große und umfassende Koalition, wie die geplante, zu finden. Daß man bestrebt ist, das Fundament so auszumauern, daß es auch wirklich für längere Zeit hält, ist ja nur erfreulich. Aber natürlich bedingt das gründliche Besprechungen.

Über viele Fragen gehen die Meinungen der einzelnen Parteien doch recht weit auseinander. Und sehr schwierig muß die Situation werden, wenn es sich bei der einen oder anderen Frage um Forderungen handelt, die von der betreffenden Partei als entscheidende Forderungen auch im Wahlkampf vertreten worden sind. Keine Partei möchte sich gern dem Vorwurf aussetzen, daß sie im Wahlkampf den Mund vollgenommen, nach der Wahlschlacht aber mit Eintritt in das Kabinett auf ihre Forderungen verzichtet habe.

Und doch wird es bei einer solchen Koalition ohne Kompromisse, ohne Abstriche nicht abgehen. Man wird jedoch billigerweise die Lage einer jeden Partei berücksichtigen müssen und ihr schließlich nicht den Verzicht auf Wünsche zumuten, deren Geltendmachung geradezu die Voraussetzung für ihre ganze Existenz oder für ihren Wahlsieg bedeutet.

An und für sich sind ja nachwievor eigentlich alle Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen, der Deutschvölkischen und der Kommunisten zur Mitarbeit im Rahmen der Großen Koalition bereit. Leider wird neuerdings auf die Deutsche Volkspartei ein besonders scharfer Druck ausgeübt, sich von der Koalition zurückzuziehen u. den Verlauf der Dinge so zu beeinflussen, daß die Sozialdemokratie gezwungen wird, möglichst allein die Verantwortung für die Regierung zu übernehmen. Es ist der Stahlhelm, dem ja etwa 10 deutschvolksparteiliche Reichstagsabgeordnete als Mitglieder angehören, welcher diesen Druck ausübt. Zwar hat die Bundesleitung des Stahlhelms erklärt, daß sie auf die Entschlüsse der ihrer Organisation angehörenden Abgeordneten nicht direkt einwirken wolle; aber sie hat weiterhin nicht unterlassen zu bemerken, daß sie von ihren Mitgliedern nicht eine Betätigung nach den Grundsätzen des Stahlhelms und im Sinne des Stahlhelms erwarten müsse. Und in einer neuen Kundgebung hat sich der Stahlhelm schon ganz offen gegen eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ausgesprochen. Das sind deshalb recht böse Vorformnisse, weil sie nicht nur die Geschlossenheit der Deutschen Volkspartei beeinträchtigen, sondern auch auf der andern Seite, beim linken Flügel der Sozialdemokraten, neue Bedenken auslösen könnten.

Was die Frage der Erweiterung der preussischen Koalition betrifft, so wird sie jetzt zunächst von den Instanzen entschieden werden, die für sie zuständig sind, nämlich von der preussischen Regierung und den Parteien, welche diese Regierung bilden. Ob dabei allerdings eine Änderung der bisherigen Haltung herauskommen wird, ist recht fraglich. Schon allein technisch liegt die Sache nicht einfach, weil der preussische Landtag ja auf etwa vier Monate (nicht vier Wochen, wie es neulich an dieser Stelle infolge eines Druckfehlers hieß) vertagt worden ist. Im übrigen aber ist es wichtig zu hören, daß auch die Bayerische Volkspartei jeden Versuch, die preussische Koalitionsfrage mit der im Reich zu verkoppeln, aus prinzipiellen Gründen abgelehnt hat.

Man konnte dieser Lage in einzelnen Blättern lesen, daß man die Verhandlungen in Berlin offenbar durch die Erörterung zu vieler Einzelheiten belastet habe, und daß vielleicht auch das Gremium, welches die Verhandlungen führe, mit seinen 22 Köpfen zu groß sei. Inwieweit diese Kritik richtig ist, können wir von hier aus schwer beurteilen. Wenn man wirklich ein brauchbares Regierungsprogramm zurechtzimmern will und Differenzen innerhalb der Koalition für die nächste Zukunft tunlichst ausschließen möchte, dann ist es sicherlich nur möglich, daß

Mit der Beilage: Antikliche Gewinnliste der Caritaslotterie „Frohe Kindheit“

man das ganze Regierungsprogramm ausgiebig und gründlich bespricht, auch auf die Gefahr hin, daß sich dadurch die Sache noch etwas länger hinzieht.

Der Willkomm der Ozeanflieger

Bei dem Frühstück, das der Norddeutsche Lloyd an Bord des „Columbus“ gab, begrüßte Ges. Rat Stimming die Gäste und würdigte die Bedeutung der Presse, die die ungeheure Leistung des Ozeanfluges gebührend hervorgehoben habe.

Direktor Richter vom Reichsverband der Deutschen Presse dankte für die freundlichen Worte der Wertschätzung.

Hauptmann Köhl sprach dann als erster der Besatzung der „Bremen“. Als die „Bremen“ in der ersten Nacht in den Kampf mit den Elementen geriet, da sei in den drei Fliegern ein Gebet zu Gott emporgestiegen: „Gott, laß diesen Flug nicht scheitern um Deutschlands willen.“ Der Flug sei nicht angetrieben worden, um Geld zu erwerben, sondern aus dem sportlichen Impuls heraus, dasselbe zu leisten und an demselben Ziel mitzuarbeiten, das die anderen europäischen Länder sich gesteckt hätten.

Major Fitzmaurice dankte in humorvoller Weise auf Englisch für die Ehrungen. Zwar habe er kein Wort von allen den Reden verstanden, aber das habe er aus den Worten Köhls, „mein Freund Fitzmaurice“, herausgehört, daß er gemeint sei und deshalb bestätigte er alles, was Köhl von ihm gesagt habe.

Freiherr von Hünel dankte zunächst seinen alten Freund Rinderboder, der an dem ersten Flugversuch Hünel's teilgenommen hat, und feierte dann weiter die Freundschaft mit Fitzmaurice.

Weitere Ansprachen hielten der amerikanische und der englische Konsul in Bremen und der Oberbürgermeister von Bremen. Während die „Columbus“ langsam in die Riaschleuse einfuhr, gaben Tausende von Menschen ihrer Begeisterung in dräuenden Hochrufen Ausdruck. Köhl, Fitzmaurice und v. Hünel standen auf der Kommandobrücke und winkten, sichtlich erfreut, der Menschenmenge zu. Die Schuppalapelle intonierte das Deutschlandlied, das von den Tausenden in tiefer Bewegung mitgesungen wurde. Aller Jubel aber wurde überdönt durch das Geheul der Sirenen sämtlicher im Hafen liegender Dampfer und durch das Rotorengematter eines halben Dutzends von Flugzeuggeschwadern, die dauernd den „Columbus“ umkreisten. Kurz vor 12 Uhr legte der Dampfer in der Schleuse fest.

Bremen in Erwartung der Flieger

Bremen, 19. Juni. Die alte Hansestadt steht vom frühen Morgen an im Zeichen der Heimkehr der „Bremen“-Flieger. Die umfangreichen Vorbereitungen zu ihrem feierlichen Empfang sind beendet. Ein Flaggmeer von seltenem Ausmaß, Tausende von Wimpeln und reiche Kranzgebilde schmücken die Häuser und Gebäude aller Straßen, im besonderen der Innenstadt und der Feststraßen, welche die Flieger bei ihrem Einzug passieren werden. Um die Mittagsstunde werden die Büros der sämtlichen Privatunternehmen, sowie der staatlichen Behörden geschlossen werden, um den Angestellten Gelegenheit zu geben, an der Einzugsfeier teilzunehmen. Die Beteiligung an dieser dürfte daher aller Voraussicht nach eine ganz gewaltige sein.

Die Luftkassa und Hauptmann Köhl. Die Luftkassa teilt mit: Verschiedene Äußerungen in der Tagespresse veranlassen uns zu der erneuten Erklärung, daß eine Entlassung von Herrn Köhl weder mündlich noch schriftlich seitens der Luftkassa erfolgt ist.

Die Landung der „Freundschaft“. Die „Freundschaft“ ist in der Bucht zwischen Burch Port und Lanell gelandet, und zwar bei Kroll, einer kleinen Vorstadt von Lanell. Nachdem das Wasserflugzeug an einer Boje verankert war, begab sich der Chespiot William Stult an Bord eines Küstenwachbootes an Land, um frischen Brennstoff zu bestellen. Wif Garhart und der Mechaniker blieben an Bord. Stult bestätigte, daß Mangel an Benzin die Landung notwendig gemacht hätte.

Beleidigungsprozeß des Ministerpräsidenten Braun. Das Große Schöffengericht Berlin verurteilte den politischen Schriftleiter des „Tag“, Flemming, wegen öffentlicher Beleidigung des Ministerpräsidenten Braun zu 100 M. Geldstrafe. Das Gericht hat es bejahet, daß der Angeklagte sich durch den Ausdruck der Entschliebung des Brandenburgischen Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei den Ausdruck „schamlose Verhöhnung der Beamenschaft“ zu Eigen gemacht hat.

Städt. Konzerthaus

Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?
Komödie in drei Akten von W. S. Maugham.
Deutsche Übertragung von Rimi Zoff.
In Szene gesetzt von Eugen Schulz-Weiden.

John, der Mann der Constance, macht mit ihrer besten Freundin, Marie-Louise, nach zehn Jahren der Ehe Seitenprünge, die Constance ignoriert. Ihre Umgebung sieht ihrem Verhalten verständnislos gegenüber, denn entweder soll sie, wie ihre lebenserfahrenere Mutter, Mrs. Culver, meint, dem ungetreuen Ehemann eine gehörige Szene machen und ihn dadurch von seinen Seitenprünge abhalten, oder sie soll nach ihrer wahrheitsfanatischen jungen Schwester Martha sich scheiden lassen. Sie dagegen ist nüchtern, vermeidet den Eklat im Haus wie in der Öffentlichkeit aus der Überlegung heraus, daß bei einem Manne die Dauer der Liebe nicht mit der Dauer der Ehe übereinstimmt, und die Frau, der der Mann durch seine Arbeit den Lebensunterhalt bietet, diesem Manne dann wohl auch Bedürfnisse aufzuerheben Vergnügens gestatteten müsse. Immerhin stellt sich gerade zu richtiger Zeit ein Jugendbater, Bernhard Kerfal, ein, der sie nach zehnjähriger Abwesenheit mit gleicher Leidenschaft wie früher liebt, und Constance gewinnt sich die Freiheit des Handelns ihrem Manne gegenüber zurück, indem sie in das Geschäft ihrer Freundin Barbara eintritt und dadurch sich ihren Lebensunterhalt selbst schafft.

Soweit führen die ersten beiden Akte, an deren Schluß Constance nach dem Grundfrage: „Wie Du mir, so ich Dir“ zu handeln geneigt scheint. Damit wäre eigentlich auch die Komödie zu Ende, indem zu den beiden Möglichkeiten des Verhaltens der Frau beim Ehebruche des Mannes noch die dritte hinzugekommen wäre. Der Verfasser benötigt aber, um den Abend zu füllen, noch einen dritten Akt, und diesen füllt er nun mit der weiteren Erörterung dieser dritten Möglichkeit. Constance hat sich einen sechsmonatigen Urlaub genommen, den sie mit Bernhard verbringen will, bevor dieser wieder auf zehn Jahre ins Ausland abreist. John ist über diese Entscheidung gebührend empört, aber schließlich fügt er sich im Bewußtsein der eigenen Schuld, und damit ist für Constance der Fall endgültig erledigt. Sie reist nicht mit Bernhard und bleibt bei ihrem Manne.

Die württembergische Volkspartei gegen Bazille

Nach Blättermeldungen aus Stuttgart hat der erweiterte Landesauschuss der Deutschen Volkspartei in einer Erklärung Bazille als für seine Partei nach wie vor untragbar bezeichnet. Die Deutsche Volkspartei appelliert gleichzeitig an die staatspolitische Einsicht Bazilles und legt ihm nahe, freiwillig aus seinem Amte als Kultusminister zu scheiden. Für den Fall, daß das nicht geschehe, lehnt sie die Verantwortung für die daraus entstehende Regierungskrise ab.

Interparlamentarische Handelskonferenz in Paris

Auf die Mitteilung des Präsidenten des Reichstages, daß an der am 19. Juni in Paris beginnenden Tagung der interparlamentarischen Handelskonferenz wegen der Beratungen über die Regierungsbildung Mitglieder des Reichstages nicht teilnehmen können, ist von dem Generalsekretär der Konferenz, Baie, und dem französischen Parlamentskomitee ein Telegramm eingegangen, in welchem mit dem lebhaftesten Bedauern hierüber das dringende Ersuchen verbunden wird, daß zum mindesten ein Reichstagsmitglied entsandt werde, um die Konferenz zu ihrer nächstjährigen Tagung nach Berlin einzuladen. Gleichzeitig wurde gebeten, die falsche Nachricht zu dementieren, daß die diesjährige Konferenz in dem Saale stattfinden werde, in welchem das Friedenswert unterzeichnet wurde. Sie wird vielmehr in dem Kongresssaal abgehalten. Hierauf hat, wie W.D.-Büro hört, der Reichstagspräsident erwidert, daß der Abg. Meyer-Berlin (Dem.), dem auch ein Generalsekretär auf der Tagung übertragen war, den Verhandlungen als Vertreter der deutschen Gruppe beizutreten wird.

Eröffnung der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Österreich. Im Bundeskanzleramt wurden am Montag die Verhandlungen über den neuen Handelsvertrag zwischen Deutschland und Österreich eröffnet. Die beiden Vorsitzenden, auf deutscher Seite Sektionschef Dr. Schüller, und auf österreichischer Seite Sektionschef Dr. Schüller, gaben der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß es gelingen werde, die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten durch den jetzt in Verhandlung stehenden Vertrag, der auf einer möglichst breiten Basis abgeschlossen werden soll, wesentlich zu fördern.

Ein Zeppelinflug Friedrichshafen-Kalifornien geplant. „Associated Press“ meldet aus Long-Beach (Kalifornien): Bürgermeister Gange kündigte an, er habe von Dr. Gerner die Nachricht erhalten, daß der neue Zeppelin, der in Friedrichshafen seiner Vollendung entgegengeht, im Juli einen direkten Fernflug von Friedrichshafen nach Long-Beach versuchen werde. Die Ankunft des Luftschiffes werde während der in Long-Beach stattfindenden Ausstellung der pazifischen Südpazifikstaaten erfolgen. Die Beamten der Ausstellung erklärten, sie würden die Washingtoner Regierung ersuchen, den in Panama befindlichen transportablen Verankerungsmaßstab nach Long-Beach schaffen zu lassen.

Der Streit in der Rheinschiffahrt beendet. Nachdem der Schiedspruch im Lohnstreit in der Rheinschiffahrt durch den Reichsarbeitsminister von Amts wegen für verbindlich erklärt worden ist, wurde am Montag die Arbeit in der Rheinschiffahrt wieder aufgenommen. Dagegen hält, wie wir weiter erfahren, der Streit in den Häfen unvermindert an.

Webel's „Erdgeist“ in Paris. Im Théâtre du Gymnase fand am Montag vor geladenem Publikum die Generalprobe für das Gastspiel von Prof. Eugen Roberts statt. Es wurde Webel's „Erdgeist“ in der Inszenierung von Eugen Roberts und der Ausstattung von Prof. Stern gespielt. Die schauspielerischen Leistungen fanden überaus starken Beifall, namentlich die von Maria Orska als Yvonne, von Albert Steinrück (Dr. Schön), Schott (Alto), Theodor Voos (Maler), Götz (der Vater), Valentin (Dr. Goll), Ernst Deutsch (sprach den Prolog). Der Aufführung wohnte der deutsche Botschafter v. Götz bei.

Ehrung Bruno Walters in Paris. Die französischen Musiker veranstalteten zu Ehren von Prof. Bruno Walter vor seiner Abreise unter dem Vorsitz von Kriegsminister Painlevé ein Frühstück. Painlevé nannte Walter den deutschen Botschafter der Musik. Für die Komponisten und Musikologen Walters sprach Riecke, für die ausführenden Künstler der Pianist Cortot. Die Veranstaltung nahm einen herzlichsten Verlauf und lang in ein allgemeines lebhafte „Auf Wiedersehen“ aus. Auch der deutsche Botschafter v. Götz war anwesend.

Dieser Schluß überrascht gegenüber der Titelfrage, die doch offensichtlich auf ein unkonventionelles Verhalten Constances schließen ließ, während sie jetzt doch dem Rezipienten ihrer Mutter folgt, nur mit anderen Mitteln. Damit ist der Witz der Komödie abgetumpft, ihre Fragestellung hat den eigentlichen Sinn verloren. Dem mit der Bühnenmathematik so wohlvertrauten Maugham ist dieser Kalkulationsfehler des Schlußes kaum zuzutrauen.

Die Aufführung des Stückes, das französische Gewagtheit mit englischem common sense geschickt verbindet, war von Eugen Schulz-Weiden sehr schmissig gestaltet. Die Gefahr des Nebenlappens einer Salon- oder Schlafzimmerskomödie war durch das flotte Tempo und die Differenzierung der Charaktere glücklich vermieden, und mit Geschick wurden die Situationen zur Komikpunkte gesteigert.

Reiflose Unterstützung fand der Regisseur in den Darstellern. Die überlegene Constance war durch Pia Mietens sympathisch verkörpert, wenn auch die etwas stereotyp wirkenden überlegenen Soubrettenmassen bescheiden werden dürften. Ihre Gegenspielerin, Marie-Louise, stellte Silke Biller als schön-dummes Triebweibchen dar, wobei zu bemerken war, daß der Typus so gut durchgehalten und die äußere Erscheinung so unvoreilhaft gestaltet war. Ganz überlegen war Nelly Rademacher als Martha, die in Erscheinung, Bewegung und Sprache aus einem, überaus komischen Guß war, Typus der modernen Gerichtsdassessoren. In gewohnter französischer Wärme stellte Marie Fraendorfer die erfahrene Mutter Mrs. Culver dar.

Von den Herren war Alfons Kloebe als seitenspringender Chirurg John Middleton seiner Aufgabe ebenso sehr gewachsen, wie er an früherer Berechnung seiner Gattin nach Dichters Vorschritt unterlegen war. Stefan Dahlen war als Bernhard Kerfal so männlich, gestrafft und herzlich, daß man schon allein seinerwegen der Constance nicht verzieht, daß sie zum Schluß ihm ihren Urlaub doch nicht schenkt. Hugo Ficker als hahneri Northamer Durham war von gewohnter Komik.

Die Gestalt des Dieners Bentley war von Friedrich Prüter grotesk angelegt und konsequent durchgeführt, paßte aber so durchaus nicht in das englische Milieu, daß dem Regisseur hier ein Übersehen angekreidet werden muß.

Der Abend war lustig und ein voller Erfolg, wie sich aus dem starken Beifall ergab. Prof. Dr. Karl Göll.

Badischer Teil

Badischer Landtag

19. Karlsruhe, 19. Juni.

Nach Bekanntgabe einiger Eingänge tritt der Landtag in die Beratung des

Voranschlags des Justizministeriums

ein. Berichterstatter ist Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dnl.), der eine sehr sparsame Aufstellung des Justizetat's feststellt. Die Einnahmen konnten infolge Verabschiedung des Justizkosten-gesetzes um 1 Million Reichsmark erhöht werden. Der Haushaltsauschuss empfiehlt die Annahme des Voranschlags und beantragt, die dazu vorliegenden kommunistischen Anträge sowie Eingaben der Justizämter, Justizsekretäre und ehemaligen Justizaktive für erledigt zu erklären. Hinsichtlich der Eingaben der Stadtgemeinden Singen a. S., Engen, Radolfzell und Stodach betr. die Errichtung eines Amtsgerichts in Singen geht der Antrag auf Überweisung an die Regierung zur Kenntnisnahme.

Abg. Dr. Rehbach (Ztr.) berichtet über die Denkschrift über die Fürsorgeerziehung und beantragt, der Landtag wolle von ihr Kenntnis nehmen, insbesondere soweit sie von den noch zu lösenden Aufgaben handelt.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) behandelt als Berichterstatter die Denkschrift über das Gefängniswesen.

Auch hier beantragt der Ausschuss, das Haus wolle von der Denkschrift Kenntnis nehmen, namentlich von den noch dringlich notwendigen baulichen Verbesserungen in den Straf-anstalten.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) berichtet sodann über die Gesuche des Bundes deutscher Justizamtänner (Landesverein Baden) und des Bad. Richtervereins betr.

Justizverwaltungsreform. Der Ausschuss stellt dem Antrag, die Denkschrift der bad. Justizamtänner und die Eingabe des Bad. Richtervereins zur Kenntnis zu nehmen.

Zur Kenntnisnahme empfohlen wird schließlich die Verordnung des badischen Justizministers vom 18. April d. J. zum Vollzug des Gesetzes über die

wandelbaren Bezüge der Notare Berichterstatter ist Abg. Kühn (Ztr.)

Abg. Bod begründet sodann die

Fürmliche Anfrage

der Kommunisten betr. eine Reichsamnestie. Die Regierung wird gefragt, weshalb der Vertreter der bad. Regierung im Rechtsauschuss des Reichstages sich seinerzeit gegen den Erlaß einer Amnestie für die politischen Gefangenen ausgesprochen habe. Weiter wird die Frage gestellt, ob der Regierung bekannt sei, daß viele Volkstreife die Freigabe der badischen politischen Gefangenen Steiner, Kümmele, Guber, Wolf und Klöpfer verlangen, die seit Jahren im Zuchthaus sitzen, während zahlreiche rechtsgerichtete Verbrecher nicht bestraft wurden“ und ob die Regierung bereit sei, dieser Forderung zu entsprechen.

Die Kommunisten stellen in diesem Zusammenhang folgenden Antrag:

„Der Landtag beschließt, die Regierung wird aufgefordert, sogleich nach Bildung der Reichsregierung auf diese einzuwirken zwecks raschster Erlassung einer Amnestie aller proletarischen politischen Gefangenen und der Niedererschlagung aller wegen politischen Handlungen und Notvergehen gegen Arbeiter eingeleiteten Verfahren.“

Zur Beantwortung erhält Generalsekretär Dr. Hafner das Wort. Er äußert sich zunächst über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Fürmlichen Anfrage dahin, daß das Ministerium am 6. Juni von ihr Mitteilung erhielt und sich am 11. Juni zur Beantwortung bereit erklärt hat. Diese Antwort hätte schon früher erfolgen können, um so mehr, als die Stellungnahme der bad. Regierung seit dem 13. März feststeht, dem Tage, da er, Rehbach, seine Erklärung im Reichstags-ausschuss abgegeben hat.

Dieselbe wird vom Generalsekretär im Wortlaut vorgelesen, womit auch die kommunistische Anfrage beantwortet ist. Danach kann die Regierung einen sachlichen Grund für die Erlassung einer Amnestie im Sinne der Kommunisten nicht anerkennen, die zudem eine schwere Erschütterung des Rechtsempfindens weiter Volkstreife und eine ungeredete Bevorzugung einer gewissen Klasse von Rechtsbrechern im Gefolge haben würde. Unter die Amnestie müßte eine große Zahl ge-

Die „Deutsche Kammermusik Baden-Baden 1928“ (früher „Donauschwäbische Kammermusikaufführungen“) findet vom 13. bis 15. Juli statt und umfasst zwei Konzerte, die neue Möglichkeiten auf dem Gebiet der Orgel (in Werken von Fidelio Fritze, Hans Gumpert, Ernst Kepping, Philipp Jar-nach) und der Kammerkantate zeigen wollen (Solo- und Chorantaten mit Kammerorchester von Ernst Noters: „Reise-briefe eines Künstlers“; Hugo Herrmann: „Galgelieder“; J. M. Bauer: „Wandlungen“). Das Programm bringt ferner eine Experimentalvorführung „Film und Musik“ und einen Abend mit Kammeropern „Caul“ von Hermann Reuter, „Tuba mirum...“ von Gustav Kneip, „In zehn Minuten“ von Walter Gronofsky, „Der Held“ von Alexander Ros-solow. Künstlerische Leitung: Heinrich Burtard, Josef Haas, Paul Hindemith. In Verbindung mit der „Deutschen Kammermusik“ findet vom 9. bis 15. Juli in Baden-Lichtental eine Tagung „Deutsche Jugendmusik“ der Musikantengilde unter Leitung von Fritz Jöde statt.

Hestige Demonstrationen gegen „Jonny spielt auf“. Anlässlich einer Aufführung der Arenschenschen Jazzoper „Jonny spielt auf“ im Gärtnerplatztheater zu München kam es zu heftigen Demonstrationen. Schon vor Theaterbeginn sammelte sich vor dem Theater eine größere Menschenmenge an. Gleich bei Beginn der Aufführung ertönten scharfe Pfiffe und heftige Pfuirufe. Beim dritten Bild wurden Stimbomben im Par-terre und in den Rängen geworfen. Die zahlreich anwesenden Kriminal- und Polizeibeamten mußten mehrere Demon-stranten aus dem Theater entfernen. Die Aufführung konnte mit einer Unterbrechung zu Ende geführt werden. Nach der Auf-führung wurden die Darsteller, die das Haus verlassen, von den Demonstranten mit Pfiffen und Pfuirufen empfangen. Die Kundgebungen dauerten bis 11 Uhr. Die Polizei räumte schließlich die Umgebung des Theaters.

Badisches Landestheater. Am Donnerstag, 21. Juni, wird Georg Kaisers Schauspiel „Oktobertag“ und am Samstag, 23. Juni, Oskar Wildes Tragödie „Die Herzogin von Padua“ wiederholt. Im Konzerthaus geht am Sonntag, 24. Juni, die Komödie „Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?“ zum zweitenmal in Szene. Die Uraufführung von Karl Zudmayers Schauspiel „Schinderhannes“ ist auf Freitag, 29. Juni, angesetzt.

meiner Verbrechen fallen. Eine fähere Gefährdung der Rechtsordnung würde aber die Niederlegung bereits anhängiger Verfahren bedeuten. Dies wäre geradezu eine Prämie für künftige Verbrechen. Straffrei würden u. a. die Erzeugermörder bleiben. Wir lehnen es ab, diese der Strafverfolgung zu entziehen, weil wir dadurch nicht nur die öffentliche Rechtsordnung, sondern auch die staatliche Autorität gefährden würden. (Lebhafte Zustimmung.)

Die badische Regierung kann auch nicht zulassen, daß das Reich durch eine Amnestie in die Zuständigkeit der Länder eingreift. Sie ist nicht gewillt, ihrerseits Schritte zur Erlassung eines Amnestiegesetzes zu tun. Der Einzelgnadenbeweis gibt ihr die Möglichkeit, von Fall zu Fall zu entscheiden. Sie hat davon, u. a. anlässlich des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten, schon in einem Umfang Gebrauch gemacht, daß nur noch wenige Fälle, darunter kein Landesverrat, übrig bleiben, die aber nach Art und Strafe so geringfügig sind, daß sich ihre Verurteilung keine Amnestie lohnt. Erläßt das Reich für vom Reichsgericht beurteilte Personen eine Amnestie, so in die badische Regierung ihrerseits bereit, im Lande abgeurteilte Fälle einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen, und, wenn angängig, der neuen Sachlage durch einen Einzelgnadenbeweis Rechnung zu tragen.

Der Generalstaatsanwalt widerspricht der Behauptung des kommunistischen Redners, daß rechtsgerichtete Personen in Baden besser behandelt werden würden als linksgerichtete. Die Gefangenen Steiner, Nümmele und Klöpfer seien vom Reichsgericht abgeurteilt worden und kämen deshalb für einen badischen Gnadenbeweis nicht in Frage. Huber befindet sich seit 23. April 1928 auf Wohlverhalten in Straflaub. Bei Wolf müßte bestritten werden, daß es sich um einen sog. politischen Gefangenen Steiner, Nümmele und Klöpfer seien vom Reichs-Mannheim 12 Jahre Zuchthaus wegen verübten Totschlages, Widerstands und unerlaubten Waffenbesitzes erhalten. Er sollte f. B. wegen Gehelei verhaftet werden und ist dabei gegen den Polizeibeamten mit der Schußwaffe vorgegangen. Er hat auf den Beamten 14 Schüsse abgefeuert und ihn so schwer verletzt, daß derselbe zeitweilig daran zu tragen hat. Wolf war bereits schwer vorbestraft. Der kommunistische Redner, der eine ganz einseitige Amnestie zugunsten der proletarischen Gefangenen fordert, kann nicht die Zustimmung der badischen Regierung finden. Wenn eine solche erlassen werden soll, dann muß sie auf alle Bevölkerungsklassen Rücksicht nehmen.

(Fortsetzung des Berichts in der morgigen Nummer)

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung hat an Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Engler den sozialdemokratischen Abgeordneten Weismann zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Die Badische Landwirtschaftskammer hat an den Landtag eine Eingabe wegen Änderung der Steuerfäße vom Grundvermögen gerichtet. — Die Vereinerung der höheren technischen Staatsbeamten Badens, die am letzten Sonntag hier eine Tagung abhielt, hat ihre Wünsche und Beschwerden zur Verordnungsordnung und Personalanhang in einem Gesuch dem Landtag unterbreitet.

Die Karlsruher Messe am Fronleichnamstag

Zu der in der Presse bereits erörterten Angelegenheit nimmt auch die kommunistische „Arbeiterzeitung“ in Mannheim Stellung. Es wird da in Nr. 138 vom 15. Juni behauptet, „der Minister des Innern, Dr. Memmele, hätte Delegierten der Messebesucher gegenüber erklärt, er müße wegen der Offenhaltung der Messe am Fronleichnamstag noch die Geistlichkeit hören“.

Diese Behauptung ist völlig unwar. Erstens waren Delegierte der Messebesucher beim Minister Dr. Memmele überhaupt nicht vorstellig und zweitens kann er ihnen dann auch nicht erklärt haben, wegen der Offenhaltung der Messe am Fronleichnamstag erst die Geistlichkeit hören zu müssen.

In Wirklichkeit ist für die Entscheidung über die Offenhaltung der Messe am Fronleichnamstag die Polizeidirektion Karlsruhe zuständig; Beschwerden gegen ihre Entscheidung müssen beim Ministerium des Innern eingereicht werden, dann erst hat sich dieses mit der Angelegenheit zu befassen.

Baudarlehen

Der Bezirksausschuss des Wohnungsverbandes Billingen-Land hat in seiner am 1. Juni in St. Georgen stattgehabten Sitzung Baudarlehen für 22 Wohnungen im Gesamtbetrag von 76 000 M bewilligt. Außer den früher schon für das Baujahr 1928 bewilligten Darlehen für 134 Wohnungen, während im vergangenen Jahre für 124 Wohnungen 418 500 M Darlehen gewährt wurden. Die Finanzierung des diesjährigen erweiterten Bauprogramms bedingt eine Kapitalaufnahme von nahezu 400 000 M; die Kapitalien sind beschafft. Es ist zu begrüßen, daß die Bautätigkeit im Bereich des Bezirkswohnungsverbandes Billingen-Land trotz aller der bekannten Schwierigkeiten in diesem Jahre noch größer ist als 1927.

Mißbrauch des Verichtersterrechtes

Gegen die sensationellste Verichterstattung in der Schwarzwalder Nordostseite, in der sich besonders die „Berliner Zeit am Mittag“ hervorhebt, ist von dem Verichtersterrecht in Neu-Nach i. Schw. Stellung genommen worden. Jetzt wendet sich auch der „Badische Beobachter“ (Karlsruhe) gegen die schandvolle Art der Berliner Sensationsberichterstattung und schließt seine Kritik mit folgenden beachtenswerten Sätzen: Die Mäherphantasie, mit der das Berliner Blatt den ganzen Vorgang seinem treuen Publikum geschildert hat, verdient gebührende Beachtung. Der Schwarzwald, der von Wandernern wimmelt, weil er durch die schönsten Wege lange schon erschlossen ist, wird hier zu „gotterleuchteten Gelände“ — natürlich bloß deshalb, weil es soweit von Berlin weg ist, und die Gegend am Thürner wird zur „Menschenfalle“, in der sich nur die Einheimischen auskennen, weshalb auch kein Fremder, sondern nur ein Einheimischer den Nord vollbracht haben kann. Das ist nichts als leichtfertiges Phantasieren, das sich einer Verantwortung der Öffentlichkeit gegenüber nicht bewußt ist und drausloschwadroniert, weil es sich ja nur um eine Gegend ganz im äußersten Winkel des deutschen Südwestens handelt. Das ist überflüssiges Berliner Reportertum, das dem anständigen Berliner Leser ebenso schadet, wie es dem Ansehen der Zeitungswelt Abbruch tut. Wir meinen, nicht bloß die badische Bevölkerung, insbesondere die des Schwarzwaldes mit seinem treuerzogenen Menschenverstand, nicht bloß die Geschäftswelt, die am guten Ruf des Schwarzwaldes Interesse hat, sondern auch diejenigen, die im Dienste der Presse stehen, hätten allen Anlaß dazu, gegen einen derartigen Mißbrauch des Verichtersterrechtes zu protestieren. Denn schließlich heißt es eben doch wieder: Nun ja, es ist halt wieder eine Zeitung!

Rektoratsfest der Universität Heidelberg

Schweizingen, 18. Juni. Am Samstag abend feierte die Universität Heidelberg in den feierlich geschmückten Zirkelsälen des Schweizinger Schlosses ihr diesjähriges Rektoratsfest. Nahezu 400 höchste und hohe Staats- und Regierungsbeamte, darunter der Unterrichtsminister, Universitätsprofessoren, Gelehrte, Wissenschaftler und Künstler waren der Einladung der lebenswürdigen Gastgeber, Rektor Prof. Dr. Dibelius und Gattin, gefolgt. Das Fest gestaltete sich zu einem gesellschaftlichen Ereignis allerersten Ranges, dem die stimmungsvolle Umgebung — der abendliche Garten mit seinen herrlichen Bauten und die Festlichkeit — die für derartige Festlichkeiten geschaffenen, weitläufigen Zirkelsäle des Schlosses, besonderen Stil und Glanz verliehen.

Am 21. Juli findet ein weiteres Fest der Heidelberger Universität in den Zirkelsälen des hiesigen Schlosses statt, und zwar die Sommerfeier der deutschen und historischen Fachschaften der Universität mit etwa 300 Teilnehmern.

Neue Personenschiffe für den Bodensee

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat für den Bodensee zwei neue Personenschiffe mit einem Fassungsvermögen von je 1000 Reisenden in Auftrag gegeben. Eines dieser Schiffe, ein Doppelschrauben-Dieselmotorschiff für den Stationsort Lindau wird von der Schiffswerft- und Eisenerzeugungs-Gesellschaft m. b. H. in Deggendorf a. D. gebaut und mit Dieselmotoren der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg betrieben werden. Das andere Schiff wird für den Stationsort Konstanz als Seitenrad-Dampfschiff von der Schiffswerft und Maschinenfabrik Christoph Ruffhof in Wangen-Kappel gebaut; der Schiffskörper wird in der Zweigwerft Ruffhof in Regensburg hergestellt. Die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg liefert die Kesselanlage. Die Schiffe werden in den reichsregierten Werften in Konstanz und Lindau zusammengebaut werden. Ihre Inbetriebstellung ist für Juni 1929 zu erwarten.

Tagung des Vereins bad. Grund- und Hausbesitzervereine

In Wahl fand der 26. Verbandstag des Verbandes bad. Grund- und Hausbesitzervereine unter dem Vorsitz des Abg. v. Lu. statt. Am Samstag abend veranstaltete Festsbankett und eine geschlossene Vertreterversammlung, in der u. a. der gesamte Vorstand einmütig wiedergewählt wurde, schloß sich in der Krone eine gut besuchte öffentliche Versammlung an.

Der Syndikus Dr. Dierle referierte über Hausbesitz und Wohnungszwangswirtschaft. Er forderte zur Behebung der Wohnungsnot Anpassung der Mieten der alten Wohnungen an die der neuerstellten und verlangte des weiteren das freie Mietverhältnis für den Hausbesitz unter gewissen einschränkenden Bestimmungen, die Entziehung des Mieterschutzes für böswillige Mieter und die Abschaffung der Mieteneinigungs- und Wohnungszwangswirtschaft.

Einstimmig angenommen wurde eine von Rechtsanwalt Schmitt, Heidelberg, vorgelegte Entschlieung, die die Regierung um sofortigen weiteren Abbau der Zwangswirtschaft in dem Sinne ersucht, daß sie den Beschluß des Landtages vom 1. Juli 1927 bezüglich der Vorkaufsbeschränkungen zur Ausführung bringt und weiter die gewerblichen Räume von jeder Zwangswirtschaft (wie in Preußen und Württemberg) ausnehme, sowie die in § 1 der Vorkaufsvorordnung vom 19. Juli 1926 festgesetzten Ortsklassen derart vermindert, daß a) Gemeinden unter 5000 Einwohnern von jeder Zwangswirtschaft im Wohnungswesen befreit werden, b) in Gemeinden bis zu 15 000 Einwohnern die Gemeinden ermächtigt werden, von sich aus die Zwangswirtschaft zu mildern, oder ganz aufzuheben, c) im übrigen alle Wohnungen von über 1000 Reichsmark viele aus der Zwangswirtschaft herausgenommen werden.

Eine weitere Entschlieung verlangt vom Ministerium des Innern zur Ausübung des Reichsmietengesetzes folgende Bestimmungen: Übersteigt in einer Gemeinde der tatsächliche Aufwand an öffentlichen Lasten und Abgaben den in den Ausführungsvorschriften zum Reichsmietengesetz vorgesehenen Anteil an Betriebskosten, so ist der Mehrbetrag auf die Mieter umzulegen.

Architekt Wille, Karlsruhe, übte in einem Vortrag über Hausbesitzer und Gebäudeversicherungsfragen scharfe Kritik an der Gebäudeversicherungsanstalt, die keinen genügenden Einblick in ihre Geschäftsabwicklung gewährt. Der angestellte Ausgabekassier in Höhe von 12 Millionen Reichsmark sei zu hoch. Das System der festangestellten Ausgabekassier müsse abgelehnt werden, ebenso die Bewertung von Werten der Anstalt zum Erwerb von Häusern und Grundstücken und zur Erstellung von Werten.

In einer weiter einstimmig angenommenen Entschlieung wird die schleunige Neuschaffung eines zeitgemäßen Gebäudeversicherungsgesetzes unter Umwandlung der heutigen Gebäudeversicherungsanstalt in einen Selbstverwaltungskörper, der von Gebäudebesitzer des Landes gewählt wird, gefordert. Der Regierung soll lediglich das Aufsichtrecht zustehen. Weiter fordert die Entschlieung eine weitere Vereinfachung der Verwaltung der Gebäudeversicherungsanstalt unter sparsamer Verwendung der Versicherungsbeiträge, insbesondere seien alle Verträge zur weiteren Vorkaufsvorordnung der Anstalt zu unterlassen und es müsse an dem beherrschten Institut der selbständigen und unabhängigen Bezirksausgabekassier festgehalten werden. Der Anstaltsleitung wird die Mißbilligung über die Handhabung des derzeitigen Gebäudeversicherungsgesetzes ausgesprochen, insbesondere über die Verwendung der nur zur Deckung von Brandschäden bestimmten Versicherungsbeiträge zur Erstellung von Eigenhäusern, die nicht zu Anstaltszwecken benötigt werden. Zur Vorbereitung einer zeitgemäßen Reform des Gebäudeversicherungswesens wurde eine fünfgliedrige Kommission gebildet.

Badische Molkereien als Preisträger

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft veranstaltet regelmäßig auf ihrer alljährlich stattfindenden großen Wanderausstellung einen Preiswettbewerb für Milch- und Molkereiprodukte. Hierzu waren in diesem Jahre bei der in der Zeit vom 5. bis 10. Juni in Leipzig stattgefundenen Ausstellung nicht weniger als 350 Milchproben, 1260 Butterproben und 765 Käseproben zum Wettbewerb angemeldet. Die mit der großen Entfernung für die badische Molkereien verbundenen Schwierigkeiten trachten es mit sich, daß sich nur wenige Molkereien für die Teilnahme entschlossen haben. Es ist daher umso erfreulicher, daß diese badischen Aussteller mit Preisen oder Anerkennungen abgezeichnet wurden.

So erzielte die Milchzentrale Karlsruhe einen 1. Preis, verbunden mit silberner Medaille für ihre dauererhitzte Milch, wie sie von ihr in Karlsruhe in den Verkehr gebracht wird, sowie einen 2. Preis für Butter, die Oberbadische Milchgenossenschaft Rabolz, die Milchgenossenschaft Lörz und die Milchgenossenschaft Oberlauringen erhielten für ihre Butter und Käse 2. Preise und Anerkennungen. Die Ergebnisse des Preiswettbewerbs sind ein Beweis für die hohen Leistungen unserer Molkereien, insbesondere in der Qualität der von ihnen erzeugten Produkte Milch, Butter, Käse.

Landesstagung der badischen Sanitätskolonnen

In Verbindung mit dem 40jährigen Stiftungsfest der Kolonne Bruchsal wurde am Samstag und Sonntag in Bruchsal die 7. Landesversammlung des Verbandes badischer Sanitätskolonnen abgehalten. Das Jubiläum wurde in einem Bankett gefeiert, wozu sich als Vertreter des Staatsministeriums Ministerialrat Dr. Arnsparger eingefunden hatte, ferner Vertreter des badischen Sanitätskolonnenverbandes und die Präsidenten der badischen Männerhilfsvereine und des badischen Roten Kreuzes. In der Landesstagung selbst wurde der Jahresbeitrag unter Einbeziehung des Sterbegeldes auf 80 M festgesetzt. Als Tagungsort für 1929 wurde Gausach bestimmt. Weiterhin beschäftigte sich die Landesstagung mit dem Vertrag mit der Reichsbahn betr. die Tätigkeit der Sanitätskolonnen bei Eisenbahnunfällen, der allgemeine Zustimmung fand, und mit der Frage der Ersetzung der Bergwacht durch die Sanitätskolonne und die Hinzuziehung derselben bei dem Autoverkehr. — An eine große Sanitätsübung schloß sich ein Festzug.

Starke Beteiligung der badischen Turner in Köln

Am Samstag, 18. Juni Die gestern hier abgehaltene Sommerstagung der badischen Turnerverbände erledigte die Schlussarbeiten über die Beteiligung der Badener am Turnfest in Köln. Baden wird seine 4000 Festbesucher in fünf Sonderzügen nach Kildesheim bringen. Nach einer kleinen Feier am Niederwaldental werden die Turner und Turnerinnen in Dampfern auf dem Rhein nach Köln fahren. Etwa 3000 Badener werden in Sonderzügen am Montag und Dienstag nach dem Fest wieder zu den Heimatstationen zurückkehren, während rund 1000 Badener sich auf Turnfahrt begeben. Weit über 1000 männliche und viele hundert weibliche Teilnehmer sind als Wetturner, Kampfrichter usw. beteiligt. Am 26. Juli vereinigen sich alle badischen Festteilnehmer in den Palmensälen der Flora in Köln mit den dortigen badischen Landsleuten zu einem badischen Heimatabend. Der ganze Festverlauf, soweit er den badischen Kreis betrifft, wird in einem Badnerfilm festgehalten. Dem ganzen Fest voraus geht das große Rheinflussschwimmen von Basel bis Köln, wobei der X. Kreis Baden die Haupttruppe Basel-Mannheim zu schwimmen hat. In Mannheim kommt die Redarfeitenstaffel hinzu. Über 1000 Schwimmer werden in der Rheinflussschwimmpraktischer, volkstümlicher Schwimmfähigkeit herangezogen.

Aus der Landeshauptstadt Edwin Rief

Mit tiefer Erschütterung empfingen wir heute die Nachricht von dem unerwarteten Hinscheiden unseres früheren zweiten Redakteurs, des Herrn Edwin Rief. Der durch einen Herzschlag im Alter von 46 Jahren dem Leben so jääh Entziffene ist 10 Jahre lang, von 1912 bis 1922, als zweiter Redakteur an der „Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger“ tätig gewesen. In diese Zeit fiel der Weltkrieg, der ganz besonders starke Anforderungen an die Geistes- und Nervenkräfte eines Redakteurs stellte. Die Jahre unmittelbar nach dem Kriege waren aber nicht minder reich an schwerer und verantwortungsvoller Arbeit.

Während der ganzen Dauer seiner Tätigkeit hat sich Edwin Rief allen Anforderungen seiner Stellung mit einem Eifer und einer Hingabe unterzogen, die ihm das ehrende und dankbare Andenken der Redaktion und des Verlages bis über das Grab hinaus sichern. In mustergültiger Pflichttreue hat er seines Amtes gewaltet und so der Karlsruher Zeitung, zugleich damit aber auch dem badischen Staat und dem ganzen badischen Lande wertvolle Dienste geleistet. Als Redakteur, der die Opernaufführungen des Theaters und die sonstigen musikalischen Veranstaltungen in der Stadt zu regieren hatte, hat er sich einen hochgeschätzten Namen gemacht.

So war das Bedauern, als Edwin Rief im Herbst 1922 aus der Redaktion ausschied, um als Eigentümer die Leitung einer Fabrikationsfirma in Karlsruhe zu übernehmen, groß und aufrichtig. Nun hat der Tod seinem Leben ein Ende gesetzt. Viel zu früh!

Die herzliche Anteilnahme von Redaktion und Verlag wendet sich der Gattin des Verstorbenen zu. Möge ihr die Wertschätzung, deren sich ihr Mann als Redakteur und Mensch bei seinen früheren Kollegen erfreut hat, ein kleiner Trost sein!

Die Galerie Moos (Kaiserstraße 187) eröffnet eine neue Ausstellung mit Werken von Prof. Karl Bauer, München. Der durch seine Bildnisse allbekannte Künstler vollendet am 7. Juli sein 60. Lebensjahr. Aus diesem Anlaß zeigt die Galerie Moos zum ersten Male in umfassender Weise das Werk des Meisters. Außerdem ist der Ausstellung die 1. Sommer-Gemäldeschau angegliedert.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landesweiterwartung Karlsruhe. Das vom Ozean herangezogene Tief hat uns erreicht. Es besitzt mehrere Kerne (u. a. über Island, Norbsee und Nordfrankreich) und zieht langsam in südöstlicher Richtung weiter. Wir behalten daher vorläufig das trübe und regnerische Wetter. Wettervorhersage für Mittwoch: Meist trüb, zeitweise Regen und mäßig warm.

Verschiedenes

Großer Juweleneinbruch am Kurfürstendam

W.B. Berlin, 19. Juni. (Tel.) Juweleneinbrecher suchten in der vergangenen Nacht das Geschäft von Voj Nachfolger, Inhaber Schilling, in dem Hause an der Ecke des Kurfürstendammes heim. Der Gesamtwert der Beute beträgt nach den bisherigen Feststellungen 50 000 Reichsmark.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	19. Juni		18. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.63	168.93	168.57	168.91
Kopenhagen 100 Kr.	112.09	112.31	112.11	112.33
Paris 100 Fr.	21.975	22.015	21.995	22.035
London 100 £.	20.402	20.442	20.401	20.441
New York 1 D.	4.1800	4.1880	4.1790	4.1870
Schweiz 100 Fr.	16.425	16.465	16.425	16.465
Schweden 100 Kr.	80.57	80.74	80.575	80.736
Wien 100 Schilling	58.825	58.945	58.82	58.94
Brag 100 Kr.	12.388	12.415	12.387	12.407

Kurze Nachrichten aus Baden

bl. Schwetzingen, 18. Juni. Der Kreisrat hat gestern beschlossen, daß der große Kreisturntag am 20. u. 21. Oktober in Pforzheim stattfinden wird. In den kommenden Jahren finden große badische turnerische Feierschauen statt. Das Landesbestürmen der Frauen wird im kommenden Jahre in Gaggenau abgehalten und die Männer halten ihre große Kundgebung im Jahre 1930 als Landesturnen in Mannheim ab.

bl. Brühl (bei Schwetzingen), 18. Juni. Der bisherige Bürgermeister Rister wurde wiedergewählt.

bl. Mosbach, 19. Juni. Das Grab der Heimatdichterin Augusta Bender, das sich auf dem hiesigen Friedhof befindet, wird durch die Stadtverwaltung im Verein mit der Badischen Heimat eine würdige Ausstattung erhalten.

bl. Hochstetten (bei Graben), 19. Juni. Der Schaden des Großfeuer, das in der Nacht zum Montag acht Scheunen einscherte, wird auf etwa 50 000 Reichsmark beziffert. Das Feuer wurde glücklicherweise so frühzeitig bemerkt, daß aus den in den Scheunen befindlichen Ställen noch alles Vieh gerettet werden konnte.

bl. Pforzheim, 19. Juni. Die anlässlich des 30-jährigen Jubiläums des Handwerkerinnungsausschusses im Saalbau hier stattfindende Handwerker- und Gewerbeausstellung wurde am Sonntag vormittag durch eine Feier eröffnet. Zu dieser waren Vertreter des Ministeriums des Innern, des Kultus und Unterrichts und der städtischen Behörden, sowie der Industrie, des Handels usw. erschienen. Ein Rundgang durch die Ausstellung zeigte, daß sie sich ihren Vorgängerinnen in anderen Städten würdig zur Seite stellen kann.

bl. Bühl, 19. Juni. Im Laufe der nächsten Tage wird Reichsaussenminister Dr. Stresemann auf Sanatorium Bühlhöhe zu einem längeren Aufenthalt eintreffen.

bl. Singen a. S., 18. Juni. Die Feier der Konsekration der St. Josef-Kirche ist endgültig auf Sonntag, den 30. September festgesetzt. Die heilige Handlung wird von Erzbischof Dr. Karl Fritz vorgenommen werden.

GALERIE MOOS
Neue Ausstellung
PROFESSOR K. BAUER
sowie Gemäldeschau 692
Eintritt 20 Rpf.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe
Karlsruhe in Baden.

Die Aktionäre werden hiermit zu der am
Dienstag, den 10. Juli 1928,
vormittags 11 Uhr,
in den Geschäftsräumen unseres Werkes, Karlsruhe,
Wattstraße 1, stattfindenden

76. ordentlichen Generalversammlung

- ergergebnis eingeladen.
Tagesordnung:
1. Vorlage des Berichtes des Vorstandes und des Aufsichtsrates über das abgelaufene Geschäftsjahr 1927.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1927.
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
4. Neuwahl des Aufsichtsrates.
Die Besitzer von Inhaberkonten, welche an der ordentlichen Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien bis spätestens

Freitag, den 6. Juli 1928
während der Geschäftsstunden
bei unserer Kasse oder
" der Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, oder
" Sal. Oppenheim jun. & Cie., Köln a. Rh., oder
" der Direction der Disconto-Gesellschaft Frankfurt a. M., oder
" der Direction der Disconto-Gesellschaft Berlin, oder
" einer Effekten-Börse eines deutschen Wertpapier-Börsenplatzes, oder
" einem deutschen Notar
zu hinterlegen.
Karlsruhe, den 17. Juni 1928. 695

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Im Kreis Offenburg wurden in die Genossenschaftsversammlung der Badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft gewählt:

- a) **Als Vertreter der Unternehmer:**
1. Albert Freiberger Koeder von Diersburg, Gutsbesitzer, Diersburg.
2. Baumert Johann Michael, Bürgermeister, Gesslhurst.
3. Broß Karl, Landwirt und Gemeinderat, Windischlag.
4. Drechsler Wilhelm, Bürgermeister, Altmannweiler.
5. Freyer Ludwig, Bürgermeister, Ibad.
6. Göller Johann II., Landwirt, Weihenheim.
7. Buß Wilhelm, Landwirt, Diersheim.
b) **Als Stellvertreter:**
1. Freiherr Ruprecht Wödlin von Wödlinsau, Gutsbesitzer, Ruff.
2. Biegert Diebold, Landwirt, Jochenheim.
3. Heidt Wil. Johann, Bürgermeister, Kuenheim.
4. Haas Jakob S., Landwirt und Gemeinderat, Regelsdorf.
5. Schilling Johann II., Landwirt, Rippenheim.
6. Weiß Johannes, Bürgermeister, Rippenheimweiler.
7. Fröhlich Max, Gutsbesitzer, Rohrbachhof bei Oberkirch.
8. Rang Eugen, Weingutsbesitzer, Reichenbach.
9. God Ludwig, Landwirt, Ringsheim.
10. Weibert Georg S., Landwirt, Eckartsweier.
11. Schimpf Karl, Gastwirt und Stadtrat, Offenburg.
12. Stahl Christian, Landwirt, Sand.
Diese Wahl kann binnen 8 Tagen beim Landesversicherungsamt Karlsruhe angefochten werden.
Offenburg, den 16. Juni 1928. 696

Der Kreisvorsitzende als Wahlleiter:
Geldreich.

bl. Achern, 18. Juni. Ein großes Feuerwehrofest wurde hier anlässlich des 75-jährigen Stiftungsfestes der Freiwilligen Feuerwehr Achern abgehalten, zu dem auch Staatspräsident Dr. Kemmerle erschienen war. Es fand zunächst am Samstag eine Gedenkfeier für die verstorbenen und gefallenen Kameraden auf dem Friedhofe statt, anschließend Fadelzug und Festbankett. Am Sonntag morgen wurde nach den Festgottesdiensten an dem Oberrealschulgebäude eine große Angriffsbübung abgehalten. Anschließend wurden verschiedenen Wehrtameraden Ehrenzeichen für 30-jährige und 25-jährige Dienste überreicht. In einer kleinen Feier wurde der Jubiläumswehr von dem Staatspräsidenten und den Vertretern des Kreises Baden, des Landesfeuerwehrverbandes und der Stadt Achern Glückwünsche ausgesprochen. An dem Festzug am Nachmittag beteiligten sich über 60 Feuerwehren aus Mittelbaden, aus dem Schwarzwald und aus den Rheingegenden.

bl. Hausach i. R., 18. Juni. Der derzeitige Bürgermeister Moog hat sein Amt niedergelegt. Eine Neuwahl wird demnächst stattfinden.

bl. Müllheim, 19. Juni. Die Bürgermeisterwahl ist ergebnislos verlaufen.

bl. Schopfheim, 19. Juni. Bei der am Sonntag in Fahrnau stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Albiez, der der sozialdemokratischen Partei angehört, nicht wiedergewählt. Aus der Wahl ging der bürgerliche Gegenkandidat Scherz hervor.

bl. Freiburg, 18. Juni. Die Staatsanwaltschaft teilt zu den Nachforschungen wegen des Mordes auf der Weizstannenhöhe mit, daß weitere Beweise vorhanden sind, daß Müller als Täter nicht in Frage kommt. Er befand sich am Tage der Tat in Basel. Auch der in Basel verhaftete Arbeiter Feist konnte seinen Aufenthaltsort nachweisen. Er ist zwar wegen Notzucht und verschiedener Raubüberfälle verhaftet, konnte aber beweisen, daß er am 31. Mai in Basel gearbeitet hat. Die Nachforschungen werden eifrig fortgesetzt und bewegen sich in bestimmter Richtung. Die Gerüchte von einer furchterlichen Bestimmung der beiden Leichen entsprechen nach einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft nicht den Tatsachen.

bl. Furtwangen, 18. Juni. Bürgermeister Wilt wurde mit 62 von 72 Stimmen erneut zum Bürgermeister von Furtwangen gewählt.

Der Vorschlag der Stadt Weinheim schließt mit einem durch Gemeindesteuern zu deckenden Fehlbetrag von 778 490 Reichsmark ab. Hierunter sind allerdings 100 000 M. enthalten, die zur Deckung eines Fehlbetrages aus dem Rechnungsjahr 1926 dienen sollen. Der Stadtrat schlägt die Erhebung einer Gemeindesteuer von 235 Hundertteilen der gesetzlichen Steuergrundbeträge für das Rechnungsjahr 1928 vor. Zur Deckung der Teilkate von 100 000 M. des erwähnten Fehlbetrages werden weitere 35 Hundertteile der gesetzlichen Steuergrundbeträge erforderlich.

Zeitschriftenschau

„Die Kunst“, Monatshefte für Malerei, Plastik, Wohnungskunst, Kunstgewerbe, Architektur, Gärten, Frauenarbeiten usw. Die ausgezeichnete Zeitschrift, die so sehr verdient, in jeder gebildeten und kunstliebenden Familie Eingang zu finden, bringt in ihrem vorliegenden Juniheft wieder prächtig illustrierte Darbietungen und einen Inhalt, der in seiner Gesamtheit zeigt, wie umfassend die durch ihre Illustrationen berühmte Zeitschrift ihren Rahmen spannt, und wie unübertroffen sie als Spiegel unseres heutigen gesamten Kunstschaffens ist.

„Die Pyramide“. Unter diesem Titel erscheint in Berlin eine neue Zeitschrift für Bau-, Raum- und Werkkunst, die durch ihre Abbildungsmaterial, zusammengestellt aus wertvollen, ehelichen Leistungen aller Länder und aller Richtungen, besonderen internationalen Charakter trägt, ferner durch die Viderläuterungen in vier Weltsprachen. Eine stattliche Mitarbeiterliste weist nur Namen auf, die hervorragenden Klang besitzen. Dementsprechend würdig und repräsentativ ist die Ausstattung des vorliegenden ersten Heftes an Inhalt, Druckmaterial, wie in typographischer und drucktechnischer Hinsicht. Verlag: Sieben Stäbe-Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Berlin-Zehlendorf.

PFERDERENNEN

des Karlsruher Rennvereins
Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 2.30 Uhr
auf den Wiesen bei Klein-Rappurr (Haltestelle der Albtalbahn)
Oeffentlicher Totalisator auf dem 1. und 2. Platz
7 Rennen, darunter 1 Offizierrennen, 2 Trabfahren
Tageskasse: 3,50, 2, 1 RM, abgesperrte Wege 50 Pf. — Vorverkauf: 3, 1,60 RM in den Auskunftsstellen des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 159, am Bahnhof und Kiosk am Hotel Germania — Mitglieder des Reichsverbandes zahlen für 1. Platz nur 2 RM
Am Rennplatz halten folgende Züge der Albtalbahn: ab Karlsruhe 13.31, 14.34; ab Etlingen Holzhof 13.28 (ab Herrenalb 12.30), 14.00 und 14.31; nach Bedarf halten bei und nach Schluß der Rennen mehrere Züge in beiden Richtungen — Auto-Omnibusverkehr vom Bahnhofplatz und von der Hauptpost aus zum Rennplatz 689

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der
Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Dritte Bekanntmachung.

Gemäß § 2 der siebenten Verordnung zur Durchführung der Verordnung über Goldbilanzen vom 7. Juli 1927 fordern wir die Inhaber solcher unserer Aktien, die auf 40 RM Nennbetrag lauten, auf, diese Aktien spätestens bis zum 31. August 1928 uns zum Umtausch einzureichen. Für je 400 RM Nennbetrag der eingereichten Aktien wird eine neue Aktie über 400 RM ausgegeben. Nicht rechtzeitig eingereichte Aktien sowie eingereichte Aktien eines Inhabers, deren Nennwert zusammen den Betrag von 400 RM nicht erreicht, werden für kraftlos erklärt werden. Für den Gesamtbetrag dieser Aktien und der bei dem Umtausch verbleibenden Spitzenbeträge werden Aktien zu 400 RM ausgegeben, die gemäß § 290 Absatz 2 HGB. für Rechnung der Beteiligten öffentlich zu versteigern sind.
Die Inhaber der umzutauschenden Aktien, deren Anleihe zusammen den zehnten Teil des Gesamtbetrags der Aktien über 40 RM erreichen, können gemäß § 4 der angeführten Verordnung innerhalb von 3 Monaten nach der ersten Bekanntmachung, jedoch noch bis zum Ablauf eines Monats nach dieser Bekanntmachung durch schriftliche Erklärung bei uns Widerspruch gegen den Umtausch erheben. Zur Erhebung des Widerspruchs ist erforderlich, daß der widerstrebende Aktionär seine Aktien oder die über sie von einem Notar, der Reichsbank oder einer Effektenbörse ausgestellten Hinterlegungsscheine bei uns hinterlegt und bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist beläßt. 694

Karlsruhe, den 16. Juni 1928.
Karlsruher Lebensversicherungsbank A. G.
Der Vorstand:
Rimmig.

Steinlieferung für den Rheinbafan Rehl.

Das Rheinbauamt Offenburg vergibt die freie Lieferung von insgesamt 2000 T Rheinbausteinen (Sandsteine) I. Klasse nach Rehl gemäß Verordnung d. Finanz. vom 27. 7. 22. Lieferungsbedingungen werden nicht abgegeben und liegen während der üblichen Dienststunden beim Bauamt zur Einsicht auf. An- gebotsbordrude werden an Bewerber abgegeben. Angebote sind verschlossen und postfrei mit der Aufschrift: „Steinlieferung“ versehen bis spätestens 3. Juli 1928, vormittags 10 Uhr, im Geschäftszimmer des Rheinbauamtes Offenburg, Wilhelmstr. 2, abzugeben. Zuschlagsfrist 20. Juli 1928.

Straßenbauarbeiten.

Wir vergeben namens der Stadtgemeinde Pforzheim und der Kreisverwaltung Karlsruhe im öffentlichen Wettbewerb nach Maßgabe der Verordnung des Finanzministeriums vom 27. VII. 1922 und 22. VI. 1926 die Arbeiten und Lieferungen zur Verbesserung des Kreiswegs Nr. 20, Pforzheim-Efingen auf Gemartung Pforzheim u. Efingen, und zwar:
a) Gemartung Pforzheim:

- 1700 cbm Erdbewegung,
 - 470 cbm Gestüß,
 - 200 cbm Kalkstein-schotter,
 - 3000 qm Keimplanie.
 - b) Gemartung Efingen:
 - 3600 cbm Erdbewegung,
 - 5500 qm Keimplanie,
 - 920 cbm Gestüß,
 - 550 cbm Kalkstein-schotter. R. 280
- Pläne und Bedingungen liegen auf unserem Geschäftszimmer in Pforzheim, Schulbergstraße Nr. 2, zur Einsicht auf, wo auch Angebotsbordrude zum Preise von 3 M das Stück erhältlich sind.
Angebote werden nur gegen Barzahlung oder gegen Voreinsendung des Betrags abgegeben, und sind mit der Aufschrift: „Straßenbau Pforzheim-Efingen“ postfrei hierher einzureichen.
Eröffnungstermin: Montag, den 25. Juni 1928, vormittags 10 1/2 Uhr.
Zuschlagsfrist: 4 Wochen.
Pforzheim, 14. Juni 1928.
Bau- Wasser- und Straßenbauamt.

Die Schloßerarbeiten für den Umbau des Aufnahmegebäudes in Mannheim sind nach den techn. Vorschriften für Bauleistungen vom August 1925 und nach der Verbindungsverordnung für Bauleistungen vom Jahre 1926 öffentlich zu vergeben. Pläne und Bedingungen liegen bei der Hochbauhauameisterei 2, Mannheim, Eingang östlicher Sperreburdurgang, zur Einsicht auf. Dasselbe Abgabe der Leistungszeichnisse. Die Vergebung in Losen bleibt vorbehalten. Angebote sind verschlossen, postfrei, mit entsprechender Aufschrift versehen, bis zum Eröffnungstermin, am Mittwoch, den 27. Juni d. J., 10 Uhr, an die unterzeichnete Dienststelle einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Mannheim, den 16. Juni 1928. Reichsbaubauamt 2. R. 255.

Reinigen, Entrostn u. Anstreichn von 17 eisernen Brücken im Bezirk des Reichsbauamts Konstanz, auf 3995 qm, zu vergeben. Bedingnisheft liegt hier zur Einsicht auf, Abgabe der Angebotsbordrude zum Preis von 1 M. Angebote verschlossen, mit Aufschrift „Brückenanstreich“, bis zum Eröffnungstermin, 30. 6. 28, um 11 Uhr, einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. Konstanz, den 14. 6. 28. Reichsbaubauamt. R. 257.
Karlsruhe, 19. Juni. 1. Zu Band I Seite 98: Gäder, Otto, Bädermei-

ster, Karlsruhe, und Christine geb. Ziegler. Vertrag vom 8. Juni 1928. Errungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 9. 6. 28.
2. Seite 99: Börner, Karl Theodor, Metzgermeister, Karlsruhe, und Anna geb. Geier. Vertrag vom 30. Oktober 1924 und Nachtrag hierzu vom 7. Oktober 1925. Gütertrennung. 12. 6. 28.
3. Seite 100: Gabeldiel, Karl, Mechaniker, Karlsruhe, und Elisabeth geb. Koloff. Vertrag vom 16. Mai 1928. Gütertrennung.
Schopfheim, 14. Juni 1928. Bad. Amtsgericht.



Günstig ab Fabrik an Privatzahl! Besondere Teilzahlung! Reichlich Holz auf Wunsch! Reichliche Mercedes Lorch.
Ihren Umzug bere. Brauchen Sie
Möbelwagen?
dann
Bad. Lagerhaus Offenburg
Besitzer: Willy Wagner
fragen. Größt. bestempf. usw.
Möbelfabrikations-Unternehmen.



Badisches Landestheater
Mittwoch, 20. Juni 1928.
* 20. Th.-Gem. I. S.-Gr.
Zum erstenmal
Die heilige Ente
von Gál
Musikalische Leitung:
Rudolf Schwarz
In Szene gesetzt von
Otto Krauß
Mandarin Derner
Li Suli Yang Manl
Tängerin Witt
Fängerin Schneider
Gaulfer Löfer
Wanze Vorobin
Hauhofmeister Kaufböter
Ronne Winter
Gott über dem Wasser-
beden Rainbach
Gott über dem Erd-
höhen Sig Hofpach
Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2
I. Rang und I. Sperritz
7 M
Do. 21. Juni: Oloberfest
Freitag, 22. Juni, Carmen.